

Parteienbühne

So ein Spital braucht Liechtenstein nicht!

Die Regierung will nach der deutlichen Abfuhr in der Volksabstimmung von 2011 abermals ein neues Spitalgebäude bauen. Und zwar aufgrund des praktisch gleichen Konzepts und ohne die Strategie zu überdenken. Wie damals setzt sie weiterhin ohne Rücksicht auf Verluste auf eine Konkurrenzstrategie mit dem Spital Grabs, das aktuell 137 Millionen Franken in einen Neubau investiert und bald über eine hochmoderne Infrastruktur verfügen wird. Weiter keine Rolle spielen für die Regierung die Patienten-Fallzahlen, die nötig wären, um ein Akut-Spital in Vaduz wirtschaftlich nachhaltig zu betreiben.

Im Jahr 2018 wurden am Landesspital Vaduz 1569 stationäre Fälle behandelt. Die Regierung quantifiziert das Potenzial für die Zukunft auf maximal 2300 stationäre Fälle. Das

ist ambitiös und reicht dennoch nicht. In der von dieser Regierung in Auftrag gegebenen und veröffentlichten Studie von Price Waterhouse Coopers wird ausgeführt, dass es für ein Grundversorgerspital 4000 bis 5000 stationäre Fälle pro Jahr benötigt, um nachhaltig wirtschaftlich überleben zu können. Das Landesspital wird also auch mit neuem Gebäude niemals wirtschaftlich nachhaltig überleben. Das Defizit wird weiterhin zu Lasten der Versicherten und der Steuerzahlenden gehen.

Weiter ist es erklärtes Ziel der Regierung, über den 24-Stundennotfall am Landesspital die Notfälle zu zentralisieren, die heute von den Hausärztinnen und Hausärzten in den Gemeinden behandelt werden. Mit dem Resultat, dass zum einen die Grundversorgung über die Hausarztmedizin in den Ge-

meinden noch mehr ausbluten wird und zum anderen die Kosten gezwungenermassen steigen werden. Denn eine Notfallbehandlung in einem Spital ist um ein Mehrfaches teurer als bei einem Hausarzt oder einer Hausärztin.

Mit der vorgeschobenen Diskussion über die Infrastruktur – neues Gebäude auf grüner Wiese, Renovation in Vaduz oder Mediconova in Bendern – lenkt die Regierung bewusst von der dringend benötigten Grundsatzdebatte über die Gesundheitsversorgung in Liechtenstein ab. Bewusst vermieden werden die entscheidenden Fragen: «Welche Leistungen brauchen wir? Und welche Rolle ist den anderen Akteuren im Gesundheitssystem zugeordnet, in Liechtenstein selbst und in der Region? Nicht zuletzt unter dem Kosten-Nutzen-Aspekt wären dies die entscheidenden

Fragen. Übertragen auf den Bau eines neuen Schulhauses verfolgt die Regierung die simple Strategie: Wir bauen halt einmal ein neues Gebäude, und schauen dann, ob genügend Schüler und Schülerinnen vorhanden sind. Dadurch soll die Gesundheitsstrategie für die nächsten 30 Jahre im wahrsten Sinne des Wortes zementiert werden. Langfristige Kosten und angebotene Qualität bleiben ungewiss!

Es ist offensichtlich, dass in der Region heute schon ein Überangebot an Akut-Spitälern besteht, wie die Diskussion im Rheintal zeigt. Hier nun weitere gleichartige Kapazitäten aufzubauen, heisst, dass zwangsläufig mehr und möglicherweise unnötig behandelt werden wird. Damit steigen die Kosten für alle weiterhin an. Was wir benötigen, ist eine Spitalstrategie, welche Liechtenstein nützt. Und

dieses Bedürfnis sieht die Freie Liste in einem spezialisierten Spital ohne Akutfälle, in welchem chronisch Kranke und ältere Menschen, auch nach der schnellen Entlassung aus einem Akutspital, ärztlich behandelt und rehabilitiert werden. Ein solch ergänzendes Angebot besonders in der Altersmedizin ist in Anbetracht der demografischen Entwicklung zukunftsweisend. Ein solches Spital kann auch kostendeckend betrieben werden, weil die Nachfrage vorhanden ist und zunehmen wird. Ausserdem wäre es nur recht und billig, für unsere älteren Mitmenschen die nötige Infrastruktur in unserem Land zur Verfügung zu stellen. Was für ein Spital braucht Liechtenstein? Schicken Sie uns Ihre Meinung an info@freiliste.li.

Eine Stellungnahme der Landtagsfraktion der Freien Liste

Polizeimeldung

Diepoldsau: 1,5 Kilogramm Heroin in Car sichergestellt

Am Donnerstagmorgen, 7. Februar, kurz nach 6.40 Uhr, ist ein Reiseocar mit serbischen Kontrollschildern bei der Einreise in die Schweiz angehalten und kontrolliert worden. Er war von Serbien her in die Schweiz unter-



wegs. Beamte des Grenzwachkorps fanden bei der Kontrolle 1,5 Kilogramm Heroin. Der mutmassliche Besitzer der Drogen, ein 29-jähriger Serbe, wurde festgenommen. Die Staatsanwaltschaft St. Gallen hat gegen den Beschuldigten ein Strafverfahren eröffnet und leitete die weiteren Ermittlungen durch die Kantonspolizei St. Gallen ein. (kaposg)

Forum

Hochspannungsleitung (HSL) in Balzers – einige Informationen

In kürzlich erschienenen Leserbriefen wurde die über das Gemeindegebiet von Balzers verlaufende Hochspannungsleitung thematisiert beziehungsweise das Ende der vertraglich vereinbarten Durchleitungsrechte nach 50 Jahren Laufzeit im August 2021. Die Fragestellungen im Zusammenhang mit dieser Leitung sind sehr vielfältig und komplex. Es handelt sich um rechtliche, technische und auch politische Aspekte – wobei bei letzteren nicht parteipolitische sondern versorgungspolitische Fragen usw. gemeint sind.

Die Übertragungsleitung ist Teil der 220kV-Verbindung zwischen Bonaduz (GR) und Rütli (SG). Aus strategischen militärischen Überlegungen hat die Schweiz vor 50 Jahren die Linienführung über Balzers durchgesetzt. Sechs Masten wurden auf Balzner Hoheitsgebiet errichtet und die Leitungen überqueren insgesamt mehr als 60 Grundstücke, rund die Hälfte sind in Privateigentum, die anderen gehören der Gemeinde bzw. mehrheitlich heute der Bürgergenossenschaft. Datiert vom August 1971 wurde in einem Vertrag für eine Laufzeit von 50 Jahren ein

Recht auf Bauen der Masten bzw. Durchleiten von elektrischer Energie festgelegt. Nach Rechtsauffassung der Gemeinde Balzers endet dieser Vertrag und damit das Recht auf den Betrieb der Leitung, ohne dass eine Kündigung nötig wäre. Dennoch hat die Gemeinde der Eigentümerin der Leitung schon 2005 schriftlich mitgeteilt, dass der Vertrag seitens der Gemeinde nach Vertragsablauf nicht verlängert werde. Gleichzeitig wurde die Eigentümerin aufgefordert, bei Bedarf alternative Lösungen für die Leitungsführung zu erarbeiten.

Der Netzbetreiberin Swissgrid, der heutigen Eigentümerin der HSL, ist das Ablaufdatum der Durchleitungsrechte bewusst. Dies kann unter anderem auf www.swissgrid.ch bei den aufgeführten Projekten nachgelesen werden. Swissgrid weiss, dass sie eine Lösung suchen und vorschlagen muss. Ein entsprechendes Bewilligungsverfahren wurde durch Swissgrid in die Wege geleitet. Ihr ist auch bekannt, dass sie für einen allenfalls notwendigen vorübergehenden Weiterbetrieb der Leitung über August 2021 hinaus von grundsätzlich von jedem betroffenen Grundeigentümer eine Einwilligung benötigen.

Dank der verschiedenen Kleinen Anfragen des Abgeordneten Manfred Kaufmann im Landtag beziehungsweise dank den Antworten darauf von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Daniel Risch, Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport, ist der aktuelle Stand der Arbeiten öffentlich bekannt. Demnach liegt ein Planungskorridor vor, der die gesamte Breite des Rheintals zwischen Balzers und Trübbach umfasst. Es sollen also verschiedene Varianten über Schweizer und Liechtensteiner Hoheitsgebiet geprüft werden, darunter auch die unterirdische Verlegung. In der Schweiz kennen die Behörden das Sachplanverfahren Übertragungsleitungen (SÜL). Massgebend sind dabei das Bundesamt für Energie, Bern, sowie der Antragsteller Swissgrid, einbezogen werden die betroffenen Kantonsbehörden von St. Gallen beziehungsweise Graubünden. Passend dazu sind auf liechtensteiner Seite neben dem Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport insbesondere das Amt für Volkswirtschaft (Koordination) und das Amt für Umwelt involviert. Die Gemeinde Balzers wird regelmässig einbezogen. Swissgrid weist darauf hin, dass

die 220-kV-Leitung zwischen Bonaduz und Rütli weiter betrieben werden muss. Zudem sei die Leitung indirekt auch für die Stromversorgung von Liechtenstein wirksam, weil an deren Verlängerung die 110-kV-Leitung nach Liechtenstein angeschlossen ist. Die Leitung muss dazu keinesfalls zwingend über Balzers geführt werden. Technisch wäre ein direkter Anschluss an die 220-kV-Leitung in Balzers möglich. Dies könnte sogar gewisse Vorteile aus strategisch-wirtschaftlichen Überlegungen oder für die Versorgungssicherheit unseres Landes haben.

Leider ist das Projekt zum heutigen Zeitpunkt noch nicht so weit fortgeschritten, wie gewünscht. Die auf Landesebene involvierten Stellen und Personen haben sich in der Vergangenheit aber sehr dafür eingesetzt, dass Lösungen gefunden werden. Seitens der Gemeinde unterstützen wir das Vorhaben mit besten Kräften. Die Einwohnerinnen und Einwohner dürfen sicher sein, dass sich alle Gemeindevertreter weiterhin für eine konstruktive gute Lösung für Balzers stark machen werden.

Eine Stellungnahme von Hansjörg Büchel, Gemeindevorsteher Balzers

Forum

Mobilität für Zukunft sichern

Mobilität ist seit Menschengedenken ein wesentlicher Teil des Seins. Jede Person legt im Durchschnitt etwa 3,5 Wege pro Tag zurück, unabhängig vom Verkehrsmittel. Die Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse verursacht Verkehr. Jedoch nur dann «immer mehr Probleme mit Staus, Unfällen und Umweltbelastung» (Zitat aus Wahlwerbung der VU Vaduz), wenn man als Verkehrsmittel nur das Auto im Kopf hat. Aufgabe der Politik ist es im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung, ein Umdenken in der Verkehrsmittelwahl zu erreichen: mehr zu Fuss gehen, mehr Rad fahren, mehr öffentlichen Verkehr verwenden und mehr Fahrgemeinschaften bilden. Mehr Einwohner und Einwohnerinnen (heute ca. 5600) und mehr Arbeitsplätze (heute ca. 10 400, davon 86 Prozent Einpendelnde) in Vaduz bedeuten mehr Wege. Durch betriebliches Mobilitätsmanagement inklusive Parkplatzbewirtschaftung möglichst aller Arbeitgeber kann die Zahl der Arbeitswege allein per Auto um etwa 20 Prozent reduziert werden. Zum Umsteigen braucht es aber bessere Infra-

strukturen für den Fussverkehr (z. B. Tempo 30 im Äule nach Berner Modell), den Radverkehr sowie den öffentlichen Verkehr mit konsequenter Busbevorzugung. Die Einpendelnden nach Vaduz kommen zu gut 14 Prozent aus dem Bezirk Werdenberg, zu knapp 11 Prozent aus dem Bezirk Feldkirch, zu fast 9 Prozent aus Triesen, zu gut 8 Prozent aus Schaan und je zu gut 6 Prozent aus Balzers und dem Bezirk Sargans. Infrastrukturen müssen die hauptsächlichen Quellen berücksichtigen. Deshalb schlägt der VCL vor: zusätzliche Fuss-/Radbrücke Sevelen-Kessiweg-Vaduz-Süd; mittelfristig die S-Bahn FL.A.CH im 30-Minuten-Takt und langfristig die Regionalbahn Oberland im 15-Minuten-Takt. Ein Umsteigen der Einpendelnden nach Vaduz auf Fahrrad, ÖV und Fahrgemeinschaften entlastet die Strassen in Vaduz und auch in Schaan und Triesen in den Hauptverkehrszeiten deutlich. Dann kann der wirklich nötige Verkehr ohne Bau neuer Strassen wieder besser fließen.

Eine Stellungnahme des Verkehrs-Clubs Liechtenstein (VCL)

ANZEIGE

«Schellenberg muss als attraktive Gemeinde für die ganze Bevölkerung erhalten bleiben.»

Peter Büchel, 1958
Gemeinderatskandidat

klar für Schellenberg. **VU.**

«Ich bin weiterhin top motiviert, engagiert, mit Herzblut und Freude klar für Schaan.»

Caroline Riegler-Rüdisser, 1985
Gemeinderatskandidatin

klar für Schaan. **VU.**